Seit Ende November gehen jeden Samstag etwa 1 Mio. Menschen auf die Straße, die größte Demo hatte fast 2 Mio. Teilnehmende. © Karina Schumacher

Bei diesem Satz muss man erst einmal tief Luft holen. Die Wahrheit. Von wessen Wahrheit sie wohl spricht? Die neue Wahrheit der Frau Park, die seit Anfang des Jahres in überarbeiteten Geschichtsbüchern steht? Die Wahrheit der 7 Stunden, als die ganze Nation den Untergang der Sewol Fähre, und damit den Tod von 304 Menschen, live im Fernsehen sah und nur die Präsidentin unauffindbar war und sich bis heute weigert, Auskunft über ihren Verbleib zu geben? Die Wahrheit über ihre enge Vertraute und spirituelle Beraterin CHOI Sun-sil, die sich durch ihre Nähe zur Präsidentin in Staatsgeschäfte eingemischt und von den großen Konglomeraten, auf denen die koreanische Wirtschaft basiert, Milliarden Dollar in Stiftungen gesammelt und sich dadurch selbst bereichert hat? Die Wahrheit über „Blacklists“ in Kultur und Sport? Es gibt so viel Wahrheit, die dringend ans Licht kommen muss. Und es gibt Hoffnung. Denn ihres Amtes enthoben, verliert die ehemalige Präsiedentin auch ihre Immunität und wird sich nun sicherlich vor Gericht verantworten müssen. Nur wird diese Wahrheit die tiefe Spaltung in der koreanischen Gesellschaft nicht kitten können. Die Teilung Koreas verläuft nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch durch die südkoreanische Gesellschaft selber. Die Verfassungsrichterin mahnte das Volk, zur Ruhe zu kommen und zur Einheit zurückzufinden, Frau PARK hingegen sieht auch weiterhin kein Fehlverhalten ihrerseits und trägt damit zu den Ausschreitungen bei, die nach ihrer Amtsenthebung Todesopfer forderten.

An diesem Wochenende wurde in Korea Geschichte geschrieben - es ist die Geschichte gelebter Demokratie in ihrer ganzen Schönheit. Nun müssen innerhalb der nächsten 60 Tage Neuwahlen stattfinden. Es liegt jetzt also wieder am Volk, diesen Sieg der Kerzenschein-Demonstrationen in einen gesellschaftlichen Wandel zu übersetzen.

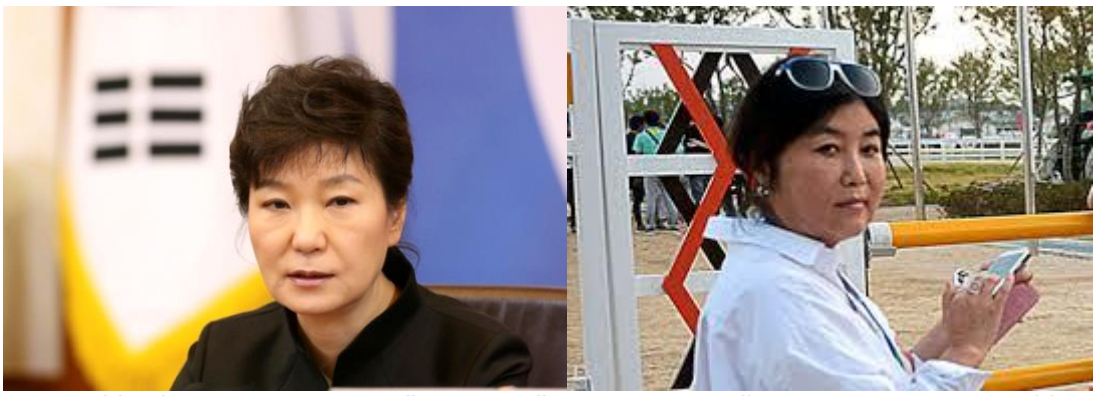
Karina Schumacher, Seoul

Nicht mehr auf präsidialem Parkett

Südkoreas Präsidentin PARK Geun-Hye ist ihres Amtes enthoben worden – vorerst siegte People Power in Seoul.

Um 16:13 Uhr Ortszeit am 9. Dezember 2016 stand’s fest: An jenem denkwürdigen Freitag erlebte die parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition in der Republik Korea (Südkorea) einen Erfolg, den sie sich seit Oktober durch landesweite und beharrlich durchgeführte Massenkundgebungen und Großdemonstrationen erkämpfte. Die seit Februar 2013 amtierende Präsidentin PARK Geun-Hye erlitt indes

ein politisches Debakel ohnegleichen. 234 von 300 Parlamentariern stimmten in der Nationalversammlung für die Amtsenthebung PARKs, wenngleich bereits eine Zweidrittelmehrheit ausgereicht hätte. Binnen 180 Tagen muss nunmehr das Verfassungsgericht letztinstanzlich über die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung befinden. Bestätigt die Mehrheit des Gerichts das politische Verdikt gegen die Präsidentin, müssen danach innerhalb von zwei Monaten Neuwahlen stattfinden. Erklären die Richter das Votum vom 9. Dezember hingegen für unrechtmäßig, wäre PARK rehabilitiert und wieder im Amt. Bevor das geschieht, dürften eher biblische Kamele durch Seouler Nadelöhre schlüpfen.



Expräsidentin PARK Geun-Hye, ihre Freundin CHOI, Soon-Sil © Archiv.

Auslöser für das Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin war ein millionenschwerer Korruptionsskandal um ihre engste Vertraute CHOI Soon-Sil und der Vorschlag, die Verfassung zu ändern und eine zweite Amtszeit für Präsidenten zu erlauben. CHOI habe, so die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die Regierungsgeschäfte in erheblichem Maße beeinflusst, Reden für die Präsidentin verfasst und sei in Staatsgeheimnisse eingeweiht worden, ohne jemals Staatsbedienstete gewesen zu sein. Auch dreimalige öffentliche Entschuldigungen nutzten der ramponierten Präsidentin nichts. Ihr Nachfolger und vorläufig mit der Staatsführung betraut ist mit Premierminister HWANG Kyo-Ahn ein Mann, dem Oppositionspolitiker nachsagen, er habe denselben Stallgeruch wie seine jetzt so tief gefallene Chefin.

Ein solches politisches Desaster hätte sich die lange mit Macht und Pfründen ausgestattete PARK Geun-Hye nicht im Traum vorstellen können, als sie am 25. Februar 2013 als erste Frau ins Blaue Haus, den Amtssitz des südkoreanischen Präsidenten, einzog. Vollmundig versprach sie eine Abkehr von der knallharten neoliberalen Wirtschaftspolitik ihres Vorgängers, eine Machtminderung der großen Konzerne, verstärkte Hilfen für die Marginalisierten und „eine neue Ära für unser Land" mitsamt einem wiederbelebten Dialog mit dem Norden, der Demokratischen Volksrepublik Korea. Auf diese Weise, so die Lady, wollte sie auch aus dem langen Schatten ihres Vaters, des Militärdiktators PARK Chung-Hee, heraustreten, der das Land von 1961 bis 1979 mit eiserner Faust regiert hatte.

Doch all diese Vorsätze erwiesen sich in rascher Abfolge als Schall und Rauch. Stattdessen verschärfte die Lady, deren Amtszeit offiziell im Februar 2018 geendet hätte, ihre Repressionen gegen Arbeiter und Gewerkschafter (vor allem gegen die kämpferische, etwa 700.000 Mitglieder zählende Korean Confederation of Trade Union, KCTU), Lehrer, zivilgesellschaftliche und oppositionelle Kräfte und verfolgte außenpolitisch einen stramm antikommunistischen Kurs.

Die nächsten Wochen und Monate werden innen- wie außenpolitisch für reichliche Turbulenzen sorgen. In PARKs eigener Partei, der rechtskonservativen Saenuri (Neue Welt), rumort es dermaßen stark, dass ihr zumindest eine tiefe Spaltung, wenn nicht gar die Versenkung im politischen Orkus droht. Der von PARK favorisierte und ge-

meinsam mit Washington gepuschte Plan, bis zum Herbst 2017 das US-Raketenabwehrsystem THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) in Seongju in der Provinz Nord-Gyeongsang zu installieren, ist aufgrund wachsenden regionalen Unmuts umstritten, wenn nicht gar gefährdet. THAAD soll in erster Linie einen Schild gegen potenzielle Angriffe aus dem Norden bilden. Doch aus Beijings Perspektive gilt THAAD als bedrohliche US-Vorwärtsverteidigung", die es bereits mehrfach öffentlich kritisierte. Bleibt schließlich abzuwarten, ob der neue US-Präsident Donald Trump – wie im Wahlkampf angekündigt – Seoul dazu verdonnert, höhere Selbstkosten für die Sicherung von Stabilität und Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu schultern. Was zunächst einmal der nordkoreanischen Führung um KIM Jong-Un trefflich ins Konzept passt.

Dr. Rainer Werning, Frechen-Königsdorf

Beharrliche Bunkermentalitäten

Auch reichlich sechs Dekaden nach dem Ende des Koreakrieges (1950-53), des ersten „heißen Konflikts" im Kalten Krieg, ist eine dauerhafte Friedensregelung auf der Halbinsel noch immer nicht in Sicht

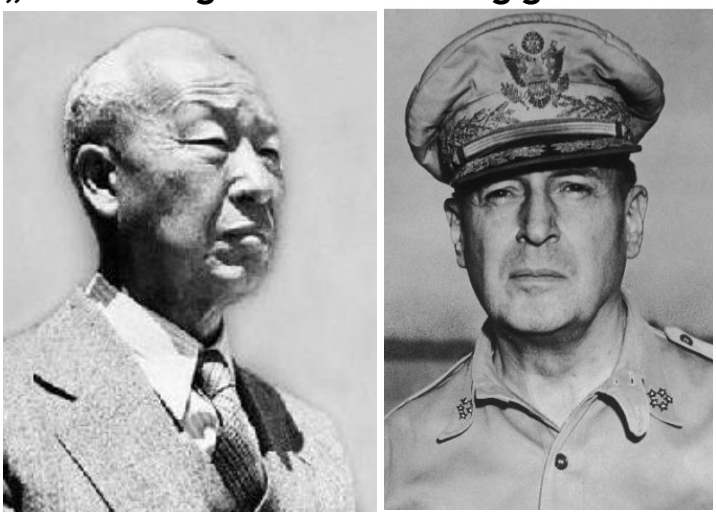
Sehnlichst hatten die Koreaner gehofft, das Ende des Zweiten Weltkrieges werde ihnen nach 36-jähriger Kolonialherrschaft (1910-45) endlich die Freiheit bescheren. Doch bereits vor Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan am 2. September 1945 hatten sich die Siegermächte USA und die Sowjetunion darauf verständigt, Korea entlang des 38. Breitengrads in zwei Besatzungszonen aufzuteilen und das Land auf unbestimmte Dauer, zumindest aber fünf Jahre lang, treuhänderisch zu verwalten.

KIM Il-Sung © Archiv.

Nördlich des 38. Breitengrades, so war es zwischen Washington und Moskau vereinbart worden, hatte die Rote Armee das Sagen und protegierte den antijapanischen Partisanenverband des späteren Präsidenten KIM Il-Sung. Südlich des 38. Breitengrades kontrollierten die USA das politische Geschehen. Washington verhalf dort dem eigens aus US-amerikanischem Exil nach Seoul eingeflogenen Dr. RHEE Syngman zur Macht – entgegen dem Willen der damals überall in Korea rasch entstandenen Volkskomitees. Diese waren – erstmalig in der Geschichte des Landes – Ausdruck einer breiten Massenbewegung, deren vorrangiges Ziel darin bestand, die eigenen Belange selbstbestimmt und demokratisch zu regeln. Führend in dieser Bewegung waren Nationalisten, Konservative, Sozialisten und Kommunisten unterschiedlicher Couleur, die auf jeweils unterschiedliche Weise gegen die japanische Kolonialmacht opponiert oder im Partisanenkampf militärisch Widerstand geleistet hatten und die nunmehr über widerstreitende Ideen und Ideologien hinaus ein zentrales Anliegen einte – das koloniale Erbe schnellstmöglich zu beseitigen und die Weichen für ein unabhängiges und demokratisches Korea zu stellen.

Es waren die Volkskomitees, die diese Vision verfolgten, mit Kriegsende die Verwaltung des Landes übernahmen und auf ihrer am 6. September 1945 tagenden Repräsentativversammlung in Seoul die gesamtnationale *Volksrepublik Korea* proklamierten und deren Regierung wählten. Diese fühlte sich folgenden zentralen Zielen verpflichtet – Durchführung einer umfassenden Land- und Agrarreform, Nationalisierung Großindustrieller Komplexe sowie die Durchsetzung des Achtstundentags, eines Minimumlohns und Preiskontrollen bei wichtigen Nahrungsmitteln und Mieten. Diese Forderungen waren außerordentlich populär und wurden landesweit unterstützt. Dennoch litt diese Republik unter zwei Geburtsfehlern; ihr blieb die internationale Anerkennung versagt, und sie war kurzlebig.

„Befriedung“ statt Unabhängigkeit



RHEE Syngman (l.) und MacArthur © Archiv.

Während Einheiten der Roten Armee bereits Mitte August 1945 in Korea einmarschierten und – wie zuvor mit den USA vereinbart – am 38. Breitengrad Halt machten, landete erst am 8. September 1945 die 7. US-Infanteriedivision in Incheon an der Westküste Koreas an. Von der gerade gebildeten koreanischen Regierung nahmen die Besatzungstruppen unter Führung von General John R. Hodge keine Notiz. Stattdessen entstand südlich des 38. Breitengrads die *United States Army Military Government in Korea*, die US-amerikanische Militärregierung in Korea – kurz: *USAMGIK*. Sie bestimmte, was die Koreaner fortan zu tun und zu lassen hatten. Im ersten Generalbefehl der USAMGIK wurde die Bevölkerung aufgerufen, deren Anweisungen strikt zu befolgen. Die Menschen in der Hauptstadt Seoul staunten nicht schlecht, als dann auch noch anstelle der koreanischen Flagge das Sternenbanner gehisst wurde.

Kein Mitglied der US-amerikanischen Militärregierung in Korea sprach Koreanisch. Die Volkskomitees waren für die neuen Besatzer von Anfang an ein Dorn im Auge und galten – so wörtlich – als „akute Bedrohung und kommunistisch unterwandert.“ Es kümmerte sie auch nicht, dass in diesen Komitees hoch angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie YO Un-Hyong, KIM Ku und KIM Kyu-Sik eine herausragende Stellung einnahmen. Tragischer noch: Die Sicherheitskräfte der USAMGIK und RHEE Syngmans rekrutierten sich mehrheitlich aus pro-japanischen Kollaborateuren. „Als wir hier die Polizei übernahmen“, erklärte dazu der US-amerikanische Chef der südkoreanischen Polizeidivision, Oberst William H. Maglin, „waren unter den 20.000 Mann 12.000 Japaner. Was wir taten, war Folgendes: Wir schickten die Japs nach Hause, stockten die Zahl der Koreaner auf und bauten einen Apparat auf, in den sämtliche jungen Männer integriert wurden, die der Polizei vorher geholfen hatten. Einige fragten sich, ob es klug sei, von den Japanern ausgebildetes Personal einfach zu übernehmen. Doch wir dürfen nicht vergessen: Viele Leute sind geborene Polizisten. Wenn sie unter den Japanern einen guten Job verrichteten, warum nur sollten sie dann nicht auch für uns einen guten Job tun? Es wäre doch unfair gewesen, sie nur deshalb davonzujagen, weil sie früher einmal unter den Japanern gedient hatten.“ *(zit. nach: Gayn 1948: 391)*

Dr. Reiner Werning © Carsten Rostalsky

Als ein Mitte November 1945 tagender Kongress der Volksrepublik es ablehnte, sich selbst aufzulösen, erklärte General Hodge ihn kurzerhand für ungesetzlich. Auf Initiative der USAMGIK konstituierte sich Mitte Februar 1946 ein so genannter Parlamentarischer Demokratischer Rat, dessen Vorsitz RHEE Syngman übertragen wurde, der während des Pazifischen Krieges in Washington die Korea-Kommission geleitet hatte. Obgleich er die koreanische Nach-iegsrealität nicht kannte, avancierte RHEE mit aktiver amerikanischer Rückendeckung zur Galionsfigur konservativer, rechter Kräfte – Großgrundbesitzer, Adelige, Staats-bürokraten und Sicherheitskräfte –, die meist mit der früheren Kolonialmacht Japan zusammengearbeitet hatten. RHEE Syngman genoss deshalb von Anfang an wenige Sympathien. Selbst unter Mitarbeitern der USAMGIK stieß RHEEs Auftreten und sein zunehmend autoritärer Führungsstil auf Kritik. „RHEE Syngmans Rückkehr fand im allgemeinen wenig Beachtung, obwohl er offenbar vom ersten Augenblick an die Gunst der kollaborationistischen Gruppen gewonnen hatte“, urteilte beispielsweise Alfred Crofts, ein Mitglied der USAMGIK, und er fuhr fort: „Vor der Landung der Amerikaner konnte eine politisch rechtsgerichtete Partei, die in der Vorstellung des Volkes mit der Kolonialherrschaft assoziiert wurde, nicht bestehen. Doch kurz danach sollten wir wenigstens drei konservative Parteicliquen unterstützen.“

Im September 1946 erließen die amerikanischen Behörden Haftbefehl gegen namhafte kommunistische Führer. Diese setzten sich daraufhin in den nördlichen Landesteil ab. Überhaupt: Alle, die im südlichen Landesteil in der Kunst- und Kulturszene, im Literatur- und akademischen Betrieb und als kritische Intellektuelle – von Sozialisten und Kommunisten ganz zu schweigen – Rand und Namen hatte, zogen es aufgrund des zunehmend repressiver werdenden Klimas in den folgenden Monaten vor, sich nördlich des 38. Breitengrads niederzulassen. Im Süden eskalierten Widerstand und gewaltsame Proteste, die sich in erster Linie dagegen richteten, dass projapanische Kollaborateure in Amt und Würden belassen und die Bauern gezwungen wurden, zusätzliche (Ernte-)Abgaben an die Behörden zu leisten. Dissens und Demonstrationen wurden von US-Truppen und vor allem rechten paramilitärischen Schlägertrupps niedergeknüppelt. Dazu zählte unter anderen die notorische „Nord-

Die Demokratische Volksrepublik Korea ist seit dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion der vormaligen Sowjetunion mehrfach totgesagt worden. Ein wesentlicher Grund für das Überdauern des Regimes in Pjöngjang lag darin begründet, dass dort das Herrschaftsgefüge und die Machtmechanismen fein austariert blieben. Es handelte sich um eine Art dreigliedriges Führungssystem: Alte Kampfgefährten des Staatsgründers Kim Il-Sung aus dem antijapanischen Partisanenkampf waren ebenso integraler Bestandteil der Staats- und Parteiführung wie in den vormals real-sozialistischen Ländern ausgebildete Fachkräfte und autochthone Kader. Bei Letzteren handelte es sich um Absolventen der Kim-Il-Sung-Eliteuniversität. Kim Il-Sung, der Großvater des amtierenden Machthabers Kim Jong-Un und Präsident seines Landes auf Lebenszeit, hatte Charisma und sah sich durch seine anti-japanische Vergangenheit legitimiert. Ein Kontrast zu den südkoreanischen Führungspersönlichkeiten, die entweder eingefleischte Kollaborateure der Japaner oder Präsidenten von Uncle Sams Gnaden waren!

west-Jugend“, die als Söhne von im Norden enteigneten Grundbesitzern und pro-japanischen Kollaborateuren auf Rache sannen und unter den Fittichen der USAMGIK ihr Unwesen treiben konnten. Zur zusätzlichen Überwachung und Einschüchterung der Bevölkerung entstanden so genannte „strategische Weiler“, zentrale Sammelstellen, in die sich die Menschen zu Zehntausenden begeben und sich einer „vorsorglichen Untersuchung und Inhaftierung“ *(Yebi geumsok)* unterziehen mussten, um nicht als „Umstürzler“ zu gelten.

Separatwahlen und fortschreitende Entfremdung

Im November 1947 beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen, die sich damals mehrheitlich aus den Vertretern pro-amerikanischer Staaten zusammensetzte, die Gründung einer Provisorischen Kommission für Korea. Als Reaktion auf diese Internationalisierung der Korea-Frage verweigerte die Sowjetunion Vertretern der Kommission die Einreise in den von ihr kontrollierten Norden. Im Gegenzug propagierten Washington und die Korea-Kommission die Durchführung separater Wahlen zur Nationalversammlung im südlichen Landesteil. Dort fanden schließlich am 10. Mai 1948 unter UN-Aufsicht die Wahlen statt, die allerdings von den meisten Parteien als „Schandwahlen” boykottiert wurden. Betrug, massive Stimmenthaltung, Schlägereien und Benachteiligung der Opposition kennzeichneten sie. Die Wahlen waren alles andere als frei; die sogenannten ungebildeten Bevölkerungsschichten durften an ihnen ohnehin nicht teilnehmen.

Im Vorfeld der Wahlen hatten sich überdies Terrorbanden blutige Gefechte geliefert, die über 500 Menschenleben kosteten. Und die wenigen Wahlbeobachter der UN, etwa drei Dutzend, waren außerstande, ihrer Aufgabe auch nur annähernd gerecht zu werden. Trotzdem bestätigte die UN-Vollversammlung RHEE Syngman wenig später als Wahlsieger und drückte ihm und der von seiner Regierung am 15. August 1948 ausgerufenen *Republik Korea* den Stempel der Legitimität auf. Wörtlich hieß es in der UN-Resolution vom Dezember 1948, dass „die Regierung RHEE Syngman gesetzmäßig ist, die über den Teil Koreas, den die Provisorische Kommission zu inspizieren imstande war, wirksame Machtbefugnisse ausübt, dass diese Regierung aus Wahlen hervorgegangen ist, die einen gültigen Ausdruck des freien Willens der Wähler in jenem Teil Koreas darstellen, und dies die einzige derartige – das heißt: gesetzmäßige und frei gewählte – Regierung in Korea ist.“

Landesweit hatten diese Wahlen einen Sturm der Enttäuschung und Entrüstung entfacht. Zahlreiche gesamtkoreanische Konferenzen von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen hatten wiederholt und eindringlich davor gewarnt, separate Wahlen abzuhalten, und gefordert, dass sämtliche im Lande stationierte ausländische Truppen abgezogen werden müssten. Andernfalls drohe die in den bleiernen Jahren der japanischen Okkupation immerhin gewahrte nationale Einheit gesprengt und das Land auf Dauer geteilt zu werden. Eine berechtigte Befürchtung; als Reaktion auf die Ereignisse im Süden fanden im August 1948 im Norden Wahlen zur Obersten Volksversammlung statt. Sie verliefen weitaus weniger turbulent als im Süden, doch frei und fair waren auch sie nicht. Wer sich an den Urnen im Sinne der Herrschenden nicht botmäßig verhielt, dem entzogen die Behörden kurzerhand den Bezugsschein für Lebensmittelrationen. Am 9. September zog die Regierung in der Hauptstadt Pjöngjang nach, und KIM Il-Sung rief dort die *Demokratische Volksrepublik Korea* aus.

Die politische Lage blieb in all diesen Monaten vor allem im Süden extrem angespannt. Die Menschen dort waren unzufrieden über die anhaltend miserablen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Überall mangelte es an Nahrungsmitteln, Kleidung und Unterkünften. Die alten, wieder zur Macht gelangten Großgrundbesitzer beuteten die Bauern schamlos aus; Pachtabgaben bis zu 70 % des Ernteertrags waren

nicht selten. Häufig auch wurden Pächter kurzerhand von ihren Parzellen vertrieben. Protest und Widerstand wurden stets umgehend und unerbittlich unterdrückt. Willige Instrumente der Repression waren nebst ehemaligen japanischen Kollaborateuren vor allem aus dem nördlichen Landesteil geflüchtete Großgrundbesitzer samt ihren Schergen. Zu Letzteren zählten hysterisch antikommunistische Banden der „Nordwest-Jugend“, deren brutales Vorgehen gegen alles tatsächlich oder vermeintlich Oppositionelle selbst die US-amerikanischen Militärberater erschreckte. Dieser geballten Repression fielen Zehntausende zum Opfer, so dass quasi die Führung fortschrittlicher und linker Bewegungen im Süden der Halbinsel physisch liquidiert wurde.

Aufbruchsstimmung im Norden

Anders verlief die Entwicklung im nördlichen Teil der Halbinsel. Dort ließ die sowjetische Besatzungsmacht die Volkskomitees im Wesentlichen gewähren und warf ihr politisches Gewicht für die vormals im Grenzgebiet zur Mandschurei und der Sowjetunion operierende antijapanische Partisanentruppe um KIM Il-Sung in die Waagschale, die lediglich als eine von mehreren solcher Verbände aktiv war. Bereits im Frühjahr 1946 hatte der Norden ein sozialpolitisches Signal gesetzt, als eine weitreichende Bodenreform über 700.000 besitzlosen Bauernfamilien zu Landbesitz verhalf – zum Verdruss der früheren Grundbesitzer. Die sahen in Nordkorea keine Zukunft für sich. Scharenweise wanderten sie in den Süden ab, wo sich zahlreiche Söhne dieser Enttäuschten bei den Sicherheitskräften bewarben oder mit gleichgesinnten Jugendlichen paramilitärische Schlägertrupps formierten. Für KIM und seine Gefolgsleute bedeutete die überaus populäre Bodenreform zusätzlich einen enormen Legitimationsgewinn (was seinerzeit selbst USAMGIK-Vertreter offen eingestanden), zumal eine ähnliche Reform im Süden der Halbinsel ausblieb. Vor allem kam der nordkoreanischen Führung zugute, dass sie nicht im Entferntesten mit dem Makel von pro-japanischer Kollaboration und politischer Repression behaftet war. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wurden dominiert von Personen, die gegen das japanische Kolonialjoch gekämpft hatten – ein scharfer Kontrast zu den alt-neuen Eliten im Süden, die es, gestützt auf die Bajonette der USAMGIK, erneut und schnell geschafft hatten, Macht und Pfründe unter sich aufzuteilen. Einen Personenkult um KIM Il-Sung existierte damals nicht. Dieser entwickelte sich erst in den Jahren nach dem Ende des Koreakrieges (1953) und vor allem zu dem Zeitpunkt, als die Führungsgruppe um KIM politisch konsolidiert war und unangefochten den Kurs strikter Selbstbestimmung einschlug und eine Politik der Äqui-Distanz favorisierte, sich also weder eng an Moskau, noch an Peking (Beijing) anlehnte.

Erst Teilung ...

Beide Staaten beanspruchten jeweils für sich, legitimer Sachwalter des *einen* Korea zu sein. Sah sich die Regierung in Seoul als „Vorposten der freien Welt und im Feldzug gegen den Kommunismus“, wähnte sich die Regierung in Pjöngjang als „Basis der koreanischen Revolution und als Bollwerk nationaler Befreiung“. Notfalls, so die schrille Propaganda in beiden Hauptstädten, werde man mit Gewalt die Einheit wiederherstellen. Bewaffnete Provokationen und Konfrontationen entlang der Demarkationslinie am 38. Breitengrad waren an der Tagesordnung und häuften sich seit der Jahreswende 1949/50. Noch herrschte ein labiles Gleichgewicht, wenngleich selbst US-Außenminister Dean Acheson mehrfach gerügt hatte, wie launisch und unkalkulierbar Südkoreas Präsident handelte. Dieser hatte sich mehrfach öffentlich damit gebrüstet, für einen Waffengang gerüstet zu sein und „im Marsch gen Norden Pjöngjang innerhalb von drei Tagen zu erobern.“ „Ich fühle sehr“, schrieb RHEE beispielsweise in einem vom 30. September 1949 datierten Brief an Dr. Robert Oliver von der Penn State University im US-amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania, „dass jetzt der beste psychologische Zeitpunkt gekommen ist, eine aggressive Maßnahme zu ergreifen. (...) Wir werden einige von KIM Il-Sungs Leuten in die Berge

vertreiben und dort aushungern. Dann werden wir in einer hundertprozentig besseren Ausgangslage sein."

Diese Einschätzung teilten hochrangige Offiziere der südkoreanischen Armee. Südkoreas Präsident war unbeliebt und hätte sich in Friedenszeiten nicht lange an der Macht halten können. Für ihn wie auch für TSCHIANG Kai-Shek im benachbarten Taiwan, schrieb der US-amerikanische Journalist Isidor F. Stone, hätte Frieden beider politisches Ende bedeutet. Der verschlagene RHEE wusste nur zu gut, dass im Falle einer Eskalation militärischer Auseinandersetzungen US-Truppen in das Geschehen eingreifen und ihm Rückhalt verschaffen würden. Gleichermaßen hätte Frieden, so jedenfalls die damalige Mehrheitsmeinung in Washington, den Plan erschwert, die alten Achsenmächte, vor allem Japan und Westdeutschland, in einen neuen antisowjetischen Kreuzzug einzubinden.

Gleichermaßen ging die Führung um KIM Il-Sung davon aus, dass sich vor allem nach der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 in Beijing durch MAO Tse-tung (MAO Zedong) die Ausgangslage für einen unter ihrer Ägide geführten Befreiungskrieg spürbar verbessert hatte. Mittlerweile ist verbürgt, dass KIM Il-Sung seit 1949 sowohl Stalin als auch MAO um logistische Unterstützung für ein solches Unterfangen bat *(Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center, Washington, D.C.)*. Auf der Grundlage geöffneter russischer Archive hat KIM Il-Sung 1949/50 mehrere Geheimreisen in die Sowjetunion und die VR China unternommen, um Stalin und MAO zu überzeugen, dass der Zeitpunkt günstig sei, gegen die Truppen des Südens offensiv vorzugehen und das Regime RHEE Syngmans zu stürzen. Erst im Frühjahr 1950 gab man in Moskau wie in Beijing grünes Licht für eine derartige Intervention. Für das Kalkül KIM Il-Sungs dürfte unter anderem die Äußerung von US-Außenminister Dean Acheson mitausschlaggebend gewesen sein, wonach sich der US-amerikanische Verteidigungsgürtel („defensive perimeter") lediglich von den Alëuten über Japan sowie über die Ryūkyū-Inseln bis zu den Philippinen erstrecken würde – Korea mithin implizit „außen vor" ließ. RHEE Syngman hingegen spekulierte – zu Recht – darauf, dass Washington ihm und seinem Regime im Falle einer Eskalation bewaffneter Auseinandersetzungen militärisch zur Seite stehen würde. So wartete man sowohl in Seoul wie in Pjöngjang auf den geeigneten Moment beziehungsweise auf entsprechend provokante Aktionen der Gegenseite, um eine neue Phase einer großangelegten militärischen Offensive einzuleiten. Seit Mai 1949 war es entlang des 38. Breitengrads mehrfach zu unterschiedlich heftigen militärischen Auseinandersetzungen gekommen.

Der Süden verübte mehrfach militärische Angriffe nördlich des 38. Breitengrads, derer sich südkoreanische Offiziere öffentlich brüsteten. Ein Ziel dieser Attacken war die Halbinsel Ongjin, die, wenn sie eingenommen worden wäre, den Truppen RHEE Syngmans einen direkten und raschen Zugang zu Pjöngjang ermöglicht hätte. Vieles spricht dafür, dass im Nordwesten der Demarkationslinie – nahe der Stadt Haeju – südkoreanische Vorstöße auf erbitterten nordkoreanischen Widerstand stießen und nordkoreanische Verbände ihrerseits Vorstöße unternahmen und mehr und mehr militärische Kontingente in dieser Region massierten. Einige Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf Meldungen des United States Armed Forces Radio Service aus Seoul, wonach Haeju Anfang Juni 1950 von südkoreanischen Einheiten eingenommen worden war. Gleiches vermeldete die *New York Herald Tribune* unter Berufung auf Militärkreise in der südkoreanischen Hauptstadt. Vor allem galten die in fraglichem Gebiet operierende 1. Division und das 17. (Infanterie-)Regiment, eine Spezialeinheit antikommunistischer Hardliner, unter dem Befehl des späteren ersten Viersternegenerals Südkoreas, PAIK Sun-Yup, und Brigadegenerals KIM Sok-Won als „draufgängerische" Kampfeinheiten. PAIK hatte seine militärischen Sporen in der

Armee des Vasallenstaates Mandschukuo verdient, während Kim zuvor der Kaiserlich-Japanischen Armee als Generalmajor gedient hatte. Nur zu gern hätte RHEE Syngman Letzteren zum Armeechef ernannt, was der US-Generalstab letztlich vereitelte. Für diesem war KIM unberechenbar und dragonerhaft; mehrfach hatte KIM öffentlich als sein oberstes Ziel verkündet, „in Haeju zu frühstücken, in Pjöngjang zu Mittag zu essen und das Abendessen in Wonsan (nordkoreanische Hafenstadt an der Ostküste - *RW*) einzunehmen." *(Deane 1999: 86)*

... dann Krieg

Im Morgengrauen des 25. Juni 1950 überquerten dann nordkoreanische Panzereinheiten die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrads. Ohne nennenswerte Gegenwehr rückten sie in Seoul ein und stießen binnen weniger Tage sogar bis kurz vor die Hafenstadt Busan im Süden vor. RHEEs Truppen mangelte es an Motivation und Kampfkraft; scharenweise desertierten seine Soldaten und liefen zur anderen Seite über.

Die Stimmung jener Tage hatten ehemalige Mitglieder der USAMGIK wie folgt beschrieben: „Die russischen Panzer der Invasoren hätten in den Bergen von einer entschlossenen Verteidigung leicht aufgehalten werden können. Die kommunistische Doktrin machte wenig Eindruck auf eine Bevölkerung, der die grässlichsten Berichte nordkoreanischer Flüchtlinge bekannt waren. Andererseits begrüßten Millionen von Südkoreanern die Aussicht auf Wiedervereinigung des Landes, selbst unter den Bedingungen der Kommunisten. Diese Menschen hatten die Brutalität der Polizei, geistige Unterdrückung und politische Säuberungen erlebt. Nur wenige waren bereit, für Kriegsgewinnler und Schieber zu kämpfen oder für RHEE Syngman zu sterben. Nur 10 % der Bevölkerung von Seoul verließen die Stadt; zahlreiche Truppen desertierten, und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter KIM Kyu-Sik, liefen zu den Nordkoreanern über." *(Crofts 1960 & Robinson nach Scher 1973)*

Noch am 25. Juni 1950, an jenem Tag, da in den frühen Morgenstunden erste nordkoreanische Panzereinheiten in Richtung der südkoreanischen Metropole Seoul vorgerückt waren, brachten die USA den Vorschlag für eine Korea-Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein. Die damals von den USA dominierten Vereinten Nationen unternahmen keinen Versuch, wenigstens die nordkoreanische Seite anzuhören und stimmten umgehend der Forderung Washingtons zu, mit einem eigenen Truppenkontingent RHEE Syngman zu unterstützen und „die Aggression Nordkoreas" zu stoppen. Ein Akt, der dadurch erleichtert wurde, weil die Sowjetunion den Sicherheitsrat seit Januar 1950 boykottierte – aus Protest gegen die Weigerung TSCHIANG Kai-Sheks, seinen Sitz im Sicherheitsrat an die Volksrepublik China abzutreten. Ein Veto blieb demzufolge aus und die USA bekamen am 27. Juni 1950 ein UN-Mandat, in Korea einzugreifen.

US-Präsident Harry S. Truman hatte allerdings bereits ohne Einwilligung der Vereinten Nationen Besatzungstruppen in Japan nach Südkorea verlegt, deren Löwenanteil fest davon überzeugt war, dass ihm in Korea allenfalls ein wenige Wochen dauerndes „Abenteuer" bevorstand und deshalb lediglich leichtes Gepäck mitzunehmen sei *(Downing 1999)*. So standen dem Süden Koreas die USA bei, die ihrerseits das Kommando über eine aus 15 Staaten bestehende UN-Streitmacht innehatten. Die UN-Truppen sollten de jure als multilateraler Schirm der US-Intervention in Korea fungieren. Faktisch aber blieben deren Truppen dem US-Befehl unterstellt – sehr zum Verdruss des damaligen UN-Generalsekretärs Trygvie Lie.

Während seinerzeit in westlichen Hauptstädten argumentiert wurde, Nordkorea habe einen „Überraschungsangriff" durchgeführt, fragte der rührige US-Publizist Isidor F. Stone, wie sich unbemerkt etwa 70.000 Mann und mindestens 70 Panzer an vier

verschiedenen Orten gleichzeitig in Marsch setzen konnten, wo doch noch hochrangige US-Politiker und -Militärs wenige Tage zuvor den 38. Breitengrad inspiziert hatten. Und, so Stone weiter, wie und warum vermochte US-Präsident Truman binnen kürzester Zeit, bereits am 27. Juni, die Entscheidung zu treffen, dass die US-Streitkräfte sofort in den Kriegsgeschehen eingreifen sollten? Überhaupt war es ein Politikum, dass im aufgewühlten antikommunistischen Klima des in Washington grassierenden McCarthyismus die New Yorker Monthly Review Press Stones Buch *The Hidden History of the Korean War* (Die verborgene Geschichte des Koreakrieges) 1952 veröffentlichte, nachdem zuvor über 20 Verleger abgewinkt hatten, dieses gegen den Stachel löckende Opus zu publizieren. Ähnlich erging es dem Opus *This Monstrous War* aus der Feder des investigativen australischen Publizisten Wilfred G. Burchett. Diesem 1953 erschienenen sehr kritischen Koreabuch widerfuhr allerdings das „Pech", dass das eigens in die USA verschiffte Kontingent an Exemplaren direkt nach der Anlandung konfisziert und vernichtet wurde – es passte partout nicht in die Zeit der McCarthy-Ära.

Wie eine Feuerwalze rollten die Kriegsmaschinerien beider Seiten mehrfach über die koreanische Halbinsel hinweg – mal in Nord-Süd-Richtung, dann wiederum in Süd-Nord-Richtung. Als diese Truppen unter dem Befehl von General Douglas MacArthur, dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Fernen Osten, den Yalu, den Grenzfluss zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China, erreichten, ließ das in Beijing die Alarmglocken schrillen. Die chinesische Führung schickte am 19. Oktober 1950 *Freiwilligenverbände* nach Nordkorea, um dort, so die offizielle Version, „Krieg zum Widerstand gegen die USA und zur Hilfe für Korea" zu führen. Auf diese Weise galt es, die erst wenige Monate zuvor errungene Souveränität der Volksrepublik zu wahren und im Sinne des Reziprozitätsprinzips den nordkoreanischen Genossen/innen nunmehr ihrerseits politisch und militärisch beizustehen, von denen noch bis vor Kurzem einige Zehntausende auf Seiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee in der Mandschurei gekämpft hatten. Nordkorea unterstützte außerdem die Sowjetunion mit Panzern und anderem Militärgerät und Moskau stellte China zinsgünstige Kredite bereit. Zum späteren Zeitpunkt stimmte Stalin auch dem Einsatz von MIG-15-Bomberpiloten zu, deren Existenz während der Kriegshandlungen strikter Geheimhaltung unterlag. Diese Piloten flogen in chinesischen Uniformen und mit koreanischen Hoheitszeichen Einsätze gegen US-amerikanische Jagdbomber.

Erst nach zähen, immer wieder unterbrochenen Verhandlungen kam es am 27. Juli 1953 in dem unwirtlichen Ort Panmunjom auf der Höhe des 38. Breitengrads zum Waffenstillstandsabkommen. Die Demarkationslinie entsprach in etwa derjenigen, wie sie vor Kriegsbeginn verlaufen war. Unterzeichnet wurde das Abkommen lediglich von Nordkorea, der Volksrepublik China und dem US-amerikanischen General Mark W. Clark im Auftrag der Vereinten Nationen. Südkoreas Präsident RHEE Syngman hingegen weigerte sich nicht nur, das Abkommen zu unterschreiben. Er wollte den Krieg fortsetzen. Erst als die US-Regierung einem bilateralen Sicherheitspakt zustimmte, ihr in Südkorea stationierter Oberbefehlshaber auch die Kommandogewalt über die südkoreanischen Truppen übernahm und der südkoreanischen Seite beträchtliche Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe in Aussicht gestellt wurden, erklärte sich auch RHEE bereit, die Waffenstillstandsklauseln wenigstens zu respektieren. Entlang der entmilitarisierten Zone *(DMZ)* sorgte fortan eine Waffenstillstandskommission *(Military Armistice Commission, MAC)* dafür, dass der fragile Frieden gewahrt wurde. Dieser Kommission gehörten Beobachter neutraler Staaten (Schweden und die Schweiz für Südkorea, Polen und die Tschechoslowakei für Nordkorea) an, die jeweils auf der entsprechenden Seite der Grenze stationiert waren.

Am Rande eines Dritten Weltkriegs

In pausenlosen Einsätzen klinkte die US Air Force aus B-29-Bombern ihre tödliche Fracht aus und beschränkte sich nicht nur auf großflächiges Dauerbombardement. Vor allem war es der bis April 1951 amtierende Oberbefehlshaber der kombinierten US- und UN-Streitkräfte, General Douglas MacArthur, der überdies mit dem Einsatz atomarer und chemischer Waffen gedroht hatte. „In postum veröffentlichten Interviews behauptete MacArthur“, notierte der US-amerikanische Koreaexperte und an der University of Chicago lehrende Geschichtsprofessor, Bruce Cumings, „einen Plan ausgearbeitet zu haben, mit dem er den Krieg innerhalb von zehn Tagen gewonnen hätte: ‚Ich hätte mehr als 30 Atombomben über das gesamte Grenzgebiet zur Mandschurei abgeworfen.’ Anschließend hätte er am Yalu, dem Grenzfluss zwischen Nordkorea und China, eine halbe Million nationalchinesischer Soldaten – die sich nach ihrer Niederlage 1949 aus dem kommunistischen China nach Taiwan abgesetzt hatten – eingesetzt und dann zwischen dem Japanischen und dem Gelben Meer einen mit radioaktivem Kobalt verseuchten Landgürtel geschaffen. Da Kobalt zwischen 60 und 120 Jahre aktiv bleibt, wäre dann ‚mindestens 60 Jahre lang keine Invasion über Land nach Südkorea von Norden aus möglich gewesen’. MacArthur war überzeugt davon, dass die Russen angesichts dieser extremen Strategie nichts unternommen hätten: ‚Mein Plan war bombensicher.’" *(Cumings 2004)*

Die „Pulverisierung“ – das heißt: die atomare Verwüstung – grenznaher chinesischer Städte, um angeblich den Krieg in Korea abzukürzen: das ging selbst US-Präsident Harry S. Truman zu weit. Nach einem Krisentreffen mit MacArthur auf der Pazifikinsel Wake gab Truman am 11. April 1951 vor der internationalen Presse die Absetzung MacArthurs bekannt und schloss seine Erklärung mit den Worten: „Wir bemühen uns, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern.“ *(Address by President Truman About Policy in the Far East)* Fortan hatte General Matthew B. Ridgway das Sagen, während es für MacArthur, dessen Biograph William Manchester ihn später einen „egomanischen amerikanischen Cäsar“ nannte, die tiefste Demütigung seines Lebens bedeutete.

„Als Nachruf auf diesen entfesselten Luftkrieg“, schrieb Cumings mit Bezug auf die John Foster Dulles Papers (Oral History Curtis LeMay, 28. April 1966), „sei noch die Schilderung seines Erfinders, (des Chefs des Strategischen Luftkommandos, SAC – *RW*) General Curtis LeMay, zitiert. Über den Beginn des Krieges sagte er 1966 in einem Interview: ‚Wir schoben beim Pentagon sozusagen eine Mitteilung unter der Tür durch, die in etwa lautete: ‚Lasst uns doch fünf der größten Städte in Nordkorea niederbrennen - sie sind nicht besonders groß -, und damit dürfte die Angelegenheit dann beendet sein.' Nun, als Antwort kam das empörte Geschrei von vier, fünf Leuten: ‚Ihr werdet eine Menge Nichtkombattanten töten', und: ‚Nein, das ist zu schrecklich.' Doch dann haben wir innerhalb von etwa drei Jahren jede Stadt in Nordkorea und auch in Südkorea niedergebrannt. Tja, über einen Zeitraum von drei Jahren kann man das offenbar goutieren, aber ein paar Menschen zu töten, damit das gar nicht erst passiert, das können viele Leute eben nicht verkraften."*(Cumings 1990)*

Vermächtnisse des Krieges

Wie so häufig in seiner Geschichte, wurde Koreas Lage dem Land zum Verhängnis. Eingekeilt zwischen den übermächtigen Nachbarn China und der Sowjetunion (Russland) und nur durch eine schmale Meerenge vom besiegten Japan entfernt, wo die US-Streitkräfte das Sagen hatten, bildete die koreanische Halbinsel im äußersten Südosten des asiatischen Kontinents einen geo- und militärstrategisch bedeutsamen Brückenkopf, der insbesondere während des beginnenden West-Ost-Konflikts zur Nahtstelle des Kalten Krieges wurde. Gegen Kriegsende handelte Washington gemäß dem Kalkül: Wenn schon nicht das ganze Korea, so sollte wenigstens dessen südlicher

Teil zusammen mit Japan fest in den militär-politischen Einflussbereich der USA integriert und in ein Bollwerk gegen die Sowjetunion und die junge Volksrepublik China verwandelt werden.

Der bereits erwähnte US-Publizist I. F. Stone zitierte in diesem Zusammenhang General James A. Van Fleet, der als Oberbefehlshaber der 8. US-Armee anlässlich des Korea-Besuchs einer philippinischen Delegation im Januar 1952 erklärt hatte: „Korea hat sich als ein Segen erwiesen. Es musste ein Korea geben, ob nun hier oder anderswo in der Welt.“ Für die USA, wo dieser Krieg anfangs „Korean Conflict“ (Koreanischer Konflikt) genannt und später als „Polizeiaktion“ beziehungsweise „begrenzter Krieg“ deklariert wurde, bedeutete der Krieg eine tiefe Zäsur. Er markierte nämlich den Beginn der Herausbildung eines weltumspannenden Netzwerks von Luftwaffenstützpunkten und Marinebasen und eines stets machtvoller werdenden militärisch-industriellen Komplexes. Der Krieg bestärkte aus Sicht der USA auch die Notwendigkeit der bereits 1947 entworfenen Truman-Doktrin mitsamt drastisch erhöhten Militärausgaben, um fortan überall dort zu intervenieren, wo es galt, tatsächliche oder vermeintliche sowjetische Einflusssphären zunächst „einzudämmen“ *(policy of containment)* und später „zurückzudrängen“ *(roll-back)*. Regional gewann diese Politik bereits ein Jahr nach Ende des Koreakrieges an scharfen Konturen, als am 8. September 1954 in der philippinischen Hauptstadt Manila unter US-amerikanischer Ägide die SEATO als „südostasiatisches Pendant“ zur NATO aus der Taufe gehoben wurde.

„Eine fünf Jahre währende Revolution und Konterrevolution eskalierte zum Koreakrieg, ein letzter und grausamer Schritt zur Zerschlagung der Arbeiter- und Bauernrevolution, die auf die Niederlage der Japaner im Zweiten Weltkrieg folgte.” *(Kim 2000)* So komplex die innerkoreanischen Konfliktkonstellationen und daraus resultierende schroffe Klassengegensätze (vor allem zwischen der armen ländlichen, bäuerlichen Bevölkerung und Großgrundbesitzern) nach 1945 auf der Halbinsel waren, so kompliziert gestaltete sich in den Nachkriegsjahren in Folge der von den Siegermächten USA und Sowjetunion gezogenen Trennlinie entlang des 38. Breitengrads eine gesamtkoreanische Sozial- und Wirtschaftspolitik. Höchst unterschiedliche Ideologien und Perspektiven in Nord wie Süd sowie eben solche Behandlungen ehemals pro-japanischer Kollaborateure begünstigten zusätzlich eine tiefe Spaltung der Gesellschaft, deren Machtzentren in Seoul und Pjöngjang jeweils für sich exklusiv politischen Führungsanspruch reklamierten – mit fatalen Konsequenzen, zumal im Rahmen des eskalierenden Kalten Krieges.

Die ungelösten Klassengegensätze schürten einen zunehmend erbittert ausgetragenen Bürgerkrieg, der vom Sommer 1950 bis Sommer 1953 internationalisiert wurde. Was Washington zuvor als „imaginäre Linie“ entlang des 38. Breitengrads konzipiert hatte, wurde in Korea indes nicht als eine die Nation durchschneidende Trennlinie verstanden oder gar akzeptiert. In diesem Zusammenhang hob Bruce Cumings (unter anderem mit Verweis auf den US-amerikanischen Bürgerkrieg) mehrfach hervor, dass schwerlich „Koreaner in koreanisches Territorium einmarschieren“ und dieses „besetzen“ konnten. Bis heute besteht der Konflikt als Relikt des Kalten Krieges mit einer etwa 240 Kilometer langen und vier Kilometer breiten, beschönigend so genannten „demilitarisierten Zone“ fort. Doch de facto ist dies die weltweit bestbewachte, höchstmilitarisierte und konfliktträchtigste Region, wo sich noch immer waffenstarrend über eine Million Soldaten, inklusive mehrerer Tausend US-amerikanischer GIs, gegenüberstehen. Während der Krieg in Südkorea schlicht „6-25“ genannt wird, was sich auf das Datum des „Ausbruchs“ beziehen soll, gilt er in Nordkorea als „Vaterländischer Befreiungskrieg“. Man darf gespannt sein, wann es zu ersten wissenschaftlichen Austauschprogrammen zwischen nord- und südkoreanischen Akademikern/innen

kommt, deren Forschungsgegenstand die innerkoreanische Aufarbeitung des Koreakrieges ist – jenseits etatistischer Kalküle und ideologisierender Verblendungen.

„Vom 25. Juni 1950 bis zum 27. Juli 1953 (die Zeitspanne der offenen Kriegshandlungen – *RW*)“, hieß es in dem am 23. Juni 2001 in New York verkündeten Urteil des *Korea International War Crimes Tribunal* unter dem Vorsitz des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark „kamen nach konservativen westlichen Schätzungen über 4,6 Millionen Koreaner ums Leben, einschließlich drei Millionen Zivilisten im Norden und 500.000 Zivilisten im Süden der Halbinsel.“ Zirka 40.000 UN-Soldaten (davon 36.000 US-Amerikaner) verloren in Korea ihr Leben. Wenngleich in der Vergangenheit die Opferzahlen der chinesischen Freiwilligenverbände mit weit über 300.000 Personen angegeben wurden, bezifferten chinesische Behörden diese Ende Oktober 2010 mit lediglich 183.108 Soldaten und Offizieren – unter ihnen auch MAO Zedongs ältester Sohn MAO Anying *(180,000 Chinese volunteers died in Korean War – Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 27. Oktober 2010)*.

In keinem vorangegangenen Krieg war die Zahl der zivilen Opfer so hoch wie im Koreakrieg. Ganze Landstriche waren auf Jahre verwüstet, Deiche gezielt von amerikanischen Kampfbombern gesprengt worden. Sämtliche größeren Städte glichen Ruinenlandschaften. Allein in der Hauptstadt Pjöngjang waren bei Kriegsende nur knapp ein halbes Dutzend Häuser halbwegs unversehrt geblieben. In Korea wurden mehr Napalmbomben abgeworfen als später in Vietnam. Und ihre Wirkung war verheerender, weil es im Norden Koreas mehr Ballungszentren mit einer größeren Bevölkerungsdichte und mehr innerstädtische Industrieanlagen gab als in Nordvietnam. „Unmittelbar nach der Befreiung begann der Kalte Krieg“, erinnerte HWANG Sok-Yong, Südkoreas bedeutendster zeitgenössischer Schriftsteller, in Gesprächen mit dem Autor im Sommer 2005, „der eigentlich bis zu Beginn der 1990er Jahre andauerte. Und mit dem Krieg kam die Teilung unseres Landes. Das Tragischste war, dass das alltägliche Leben stets durch Unterdrückung und Bevormundung geprägt war und unsere Familien zerrissen blieben. Nord- und Südkoreaner mussten jahrelang auf rauchenden Kanonenrohren ihren Reis kochen.“

Profiteure des Krieges waren paradoxerweise die Hauptaggressoren des Zweiten Weltkriegs – Japan und (West-)Deutschland. In jenen Jahren sorgte der Krieg für eine signifikante Steigerung des Wirtschaftswachstums (vor allem in der Investitions- und Konsumgüterindustrie), was im beschaulichen Bonn den Begriff „Korea-Boom“ unter Ökonomen und Politikern gleichermaßen zur Lieblingsvokabel des einsetzenden Wirtschaftswunders werden ließ. So konnten bislang unausgelastete Kapazitäten im Maschinen- und Fahrzeugbau genutzt sowie chemische und elektrotechnische Produkte aufgrund einer gesteigerten Nachfrage viel rascher und in größerem Umfang als in Friedenszeiten umgesetzt werden. Gegenüber dem Jahr 1950 verdoppelte sich 1952 allein das BRD-Exportvolumen von annähernd 8,5 Mrd. DM auf knapp 17 Mrd. DM.

Gleichzeitig führten die „Ereignisse“ in Korea dazu, dass sich in der jungen Bundesrepublik Deutschland sowie in zahlreichen Ländern des Westens der Antikommunismus zur Staatsideologie auswuchs. So endete schließlich im Sommer 1956 das von der Adenauer-Regierung im November 1951 eingeleitete Rechtsverfahren gegen die Kommunistische Partei Deutschland nach knapp fünfjährigem juristischem Tauziehen mit einem vom 1. Senat des Bundesgerichtshofes verkündeten KPD-Verbot. Überdies forcierte der Koreakrieg die Westintegration der BRD und die von alten Militaristen ersehnte Wiederbewaffnung und Aufstellung einer neuen Armee – der Bundeswehr.

Dr. Rainer Werning, Sozialwissenschaftler & Publizist mit dem Schwerpunkt Ost- und Südostasien, ist u.a. Verfasser zahlreicher Publikationen zum Thema und gemeinsam mit Song Du-Yul Koautor des 2012 im Wiener Promedia Verlag erschienenen Buches *Korea – Von der Kolonie zum geteilten Land*. Werning war Lehrbeauftragter an den Universitäten Bonn und Osnabrück & ist u.a. als Dozent an der *Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ)* in Bad Honnef tätig.
Dieser Text diente als Grundlage eines Referats, das der Autor am ersten Dezemberwochenende 2016 anlässlich des 23. bundesweiten und internationalen Friedensratschlages an der Universität Kassel hielt.

Literatur

- Amnesty International: Republic of Korea (South Korea): Time to Reform the National Security Law, *AI Index: ASA 25/003/1999,* (http://www.amnesty.org/en/library/info/ASA25/003/1999) [1. Feb., 2009].
- Bechtol, Bruce E. (2006): Paradigmenwandel des Kalten Krieges: Der Koreakrieg 1950-1953, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg*. Hamburg, S.141–166.
- Burchett, Wilfred G. (1953): *This Monstrous War*. Melbourne.
- Crofts, Alfred (1960): The Case of Korea: Our Falling Ramparts, in: *The Nation* (New York), 25 June, S. 544-8.
- Cumings, Bruce (1981/1990): *The Origins of the Korean War*. Princeton, NJ. 2 vols. - hier vor allem Bd. 2, S. 753 f.
- Cumings, Bruce (2004): Der Vernichtungsfeldzug der US Air Force: Napalm über Nordkorea, in: *Le Monde diplomatique*. Berlin/Zürich, Dezember.
- Deane, Hugh (1999): *The Korean War*, 1945-1953. San Francisco.
- Downing, Taylor (1999): *Der Kalte Krieg wird heiß*, ausgestrahlt vom NDR am 26. Juli 1999. Hamburg.
- Endicott, Stephen/Hagerman, Edward (1999): Der Koreakrieg als Testfeld für die biologische Kriegführung, in: *Le Monde diplomatique*, Berlin/Zürich. Juli.
- Fleming, D. F. (1961): *The Cold War and Its Origins, 1917-1960*. New York. 2 vols.
- Frank, Rüdiger (2014): *Nordkorea: Innenansichten eines totalen Staates*. München.
- Gayn, Mark (1948): *Japan Diary*. New York.
- Gupta, Karunakar (1972): How did the Korean War begin?, in*: The China Quarterly* 52: 699-716.
- Halliday, Jon/Cumings, Bruce (1988): *Korea: The Unknown War*. London.
- Hart-Landsberg, Martin (1998): *Korea: Division, Reunification, and U.S. Foreign Policy*. New York.
- Hasegawa, Tsuyoshi (ed.) (2011): *The Cold War in East Asia: 1945-1991*. Washington, D.C./Palo Alto, CA.
- Henderson, Gregory (1968): *Korea: The Politics of the Vortex*. Cambridge, MA.
- Kim, Iggy (2000): *The Korean War: a war of counter-revolution* – veröffentlicht am 19. Juli 2000 auf der Webseite der australischen Green Left Party: http://www.greenleft.org.au/2000/412/23267
- Lindlar, Ludger (1997): *Das mißverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität*. Tübingen.
- Meade, E. Grant (1951): *American Military Government in Korea*. New York.
- Scher, Mark J. (1973): U.S. Policy in Korea 1945-1948: A Neo-colonial Model Takes Shape, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* (BCAS). Cambridge, MA, Vol. V, No. 4, December, S. 17-27. – Der Autor zitiert mehrfach und ausführlich aus unveröffentlichten Notizen Richard D. Robinsons, eines hochrangigen Mitglieds der Informationsabteilung der USAMGIK.
- Song, Du-Yul/Werning, Rainer (2012): *Korea: Von der Kolonie zum geteilten Land*. Wien.
- Steininger, Rolf (2006): *Der vergessene Krieg. Korea 1950-1953*. München.